

JERONIM PEROVIĆ

EINFÜHRUNG: IDENTITÄT UND POLITIK IN OSTEUROPA NACH 1989/1991

Die Bilder vom „Mauerfall“, die am 9. November 1989 um die Welt gingen, waren an Symbolhaftigkeit kaum zu überbieten. Die Feiern auf den Straßen des wiedervereinigten Berlin bezeichneten das sichtbare und scheinbar unwiderrufliche Ende eines jahrzehntelangen Antagonismus von zwei sich vormals feindlich gesinnten Systemen und Weltanschauungen. Rund ein Jahr später besiegelten die Staats- und Regierungschefs aller damaliger Länder der KSZE (heute OSZE) in Paris die Wiedervereinigung Deutschlands und das Ende des Kalten Kriegs. Damit markierten sie nicht nur die historische Aussöhnung zwischen „Ost“ und „West“, sondern legten auch ein feierliches Bekenntnis für Demokratie, Menschenrechte, freie Marktwirtschaft und Grundfreiheiten ab.

Als unter dem Eindruck des allgemeinen demokratischen Aufbruchs und nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen im Dezember 1991 die Sowjetunion in ihre Einzelteile zerfiel, erlagen nicht wenige der Versuchung, in diesen Entwicklungen den Beginn vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) zu sehen.¹ Wenn die Annahme war, dass in der globalisierten Welt alleine der Demokratie und der freien Marktwirtschaft die Zukunft gehöre, dann konnte die Transformation Osteuropas eigentlich nur *eine* Wegrichtung beschreiben: die westliche. Dieses im Kern teleologische Verständnis historischer Entwicklung basierte auf der Annahme der zunehmenden Kongruenz der Systeme, wobei der „Osten“ allmählich im „Westen“ aufgehen würde.²

¹ FRANCIS FUKUYAMA, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

² Zerfall und Neuordnung. Die „Wende“ in Osteuropa 1989/91, hg. v. PETER COLL-MER u. a., Wien 2019, S. 9–14.

Tatsächlich betraten die fast 30 aus dem post-sozialistischen „Ostblock“ hervorgegangenen Staaten in der Folge aber derart unterschiedliche Entwicklungspfade, dass die der Transformationsforschung zugrundeliegenden Prämissen zunehmend infrage gestellt werden mussten. Galten Länder wie Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die baltischen Staaten oder Slowenien als Vorreiter einer erfolgreichen Transformation, so tat sich bald eine Kluft zu den meisten anderen Ländern des postsowjetischen Raumes und den kriegs- und krisengeschüttelten Ländern des ehemaligen Jugoslawien auf, von denen einige in Formen autoritärer Herrschaft verharnten oder gar Rückschritte in ihren Reformbemühungen verzeichneten.³

Im Laufe der Zeit schien dabei das Label „post-sozialistisch“ für die Analyse kaum noch geeignet, weil sich das Objekt der Betrachtung – der „Post-Sozialismus“ – in Auflösung befand.⁴ Die Spannbreite der Regime, die sich herauszubilden begannen, reichte von solchen westlich-liberalen Typs, die typisch für die zur Europäischen Union (EU) gehörenden ostmitteleuropäischen Staaten sind, bis hin zu den hochgradig autoritären Regimen mit stark eingeschränkter privater Marktwirtschaft, wie sie in den zentralasiatischen Staaten, in Aserbaidschan, Belarus oder Russland anzutreffen sind. Mit der Eingliederung ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten in westliche Institutionen hat sich Europas geografische Mitte damit zusehends nach Osten verschoben, während „Osteuropa“ auf der mentalen Karte vieler Europäer nun die Region jenseits der östlichen EU-Grenze markiert.

Was von einem Teil der Transformationsforschung zunächst übersehen worden war, war der Umstand, dass die einzelnen Länder beim Zeitpunkt des Systemwechsels nicht bei einer historischen Stunde Null starteten, sondern unterschiedliche geschichtliche Erfahrung und strukturelle und institutionelle Voraussetzungen mitbrachten. Dabei wurde das Phänomen des Nationalismus und die Bedeutung der Identität für die Herausbildung eines nationalen Selbstverständnis und die internationale Positionierung dieser Staaten sträflich unterschätzt. Nationalismus trat Ende der 1980er Jahre als mächtige mobilisierende Kraft in Erscheinung, die mit

³ Zur Kritik der Transformationsforschung vgl. das Kapitel „Kritik der Transformationsforschung“ in: STEPHAN HENSELL, *Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa*, Wiesbaden 2009, S. 23–42.

⁴ MARTIN MÜLLER, *Goodbye, Postsocialism!*, in: *Europe-Asia Studies* 71 (2019) 4, S. 533–550.

dazu beitrug, die kommunistischen Systeme zu Fall zu bringen.⁵ Im Westen erkannte man darin den Ausdruck eines aufkeimenden zivilgesellschaftlichen Bewusstseins und wertete das Phänomen des Nationalismus deshalb insgesamt positiv; die verbreitete Annahme war allerdings, dass Nationalismus mit der Demokratisierung der osteuropäischen Gesellschaften und der Annäherung des Ostens an den Westen schnell an Bedeutung verlieren würde. Dass dem nicht so sein sollte, hätte sich eigentlich bereits Ende der 1980er Jahre erahnen lassen können. Denn die Konflikte, die sich noch in der Endphase des Kommunismus im ethnisch durchmischten Jugoslawien und in der kaukasischen Vielvölkerregion abzeichneten begannen, um dann Anfang der 1990er Jahre zu eskalieren, gaben einen Vorgeschmack darauf, welch destruktives Potential Nationsbildungsprozesse entfalten konnten. Besonders dort, wo Grenzfragen ungelöst, Status- und Autonomiefragen einzelner Ethnien und Minoritäten unklar und Territorien umstritten waren, war der Weg in die Gewalt oft ein kurzer. Im Westen tendierte man dazu, solche Konflikte als Auswüchse eines aufgestauten „alten Hasses“ abzutun, der sich unter den Völkern entlud, nachdem er Jahrzehntelang unter dem Deckel des Kommunismus gehalten worden war. Tatsächlich aber waren die Konflikte Produkte der damaligen Zeit und handelten die gesellschaftlichen Protagonisten solcher Konflikte keineswegs „irrational“, sondern gemäß ihrer spezifischen Präferenzen und Zielsetzungen.⁶

Weitgehend friedlich, wenn auch – wie im Fall Rumäniens – nicht immer gänzlich unblutig, verliefen die Entwicklungen in den meisten anderen Staaten Ostmittel- und Osteuropas. Die von Massenbewegungen getragenen Revolutionen richteten sich in diesen Ländern dabei nicht nur gegen das System und deren Träger, sondern waren von einer expliziten Forderung nach „Rückkehr nach Europa“ getragen. Im Selbstverständnis der Polen, Balten, Tschechen, Slowaken oder Ungarn bedeutete der Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ die Chance an die Wiederanknüpfung an Kulturkontinuitäten, welche durch den Kalten Krieg und die Anbindung an Kommunismus und Sowjetunion widernatürlich unterbrochen worden waren. Das außenpolitische Ziel all dieser Staaten war denn auch die schnellstmögliche Integration in den „Westen“. Angestrebt wurde in einem ersten Schritt die Aufnahme in der NATO, um sich vor möglichen

⁵ MARK R. BEISSINGER, Nationalism and the Collapse of Soviet Communism, in: *Contemporary European History* 18 (2009) 3, S. 331–347.

⁶ STUART J. KAUFMAN, *Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War*, Ithaca 2001.

Unabwägbarkeiten in der Zukunft – vor allem aber einem revanchistischen Russland – zu schützen, in einem zweiten Schritt auch die Mitgliedschaft in der EU, um die Teilhabe am gemeinsamen europäischen Projekt und an dem erwarteten Wohlstand auch in institutioneller Hinsicht unumstößlich zu machen.

Die Betonung der „europäischen“ Identität stand jedoch auch in diesen Staaten von Beginn an in einem Spannungsverhältnis zu den jeweiligen Nationsbildungsprozessen. Zwar dominierte der Drang nach Westen und Europa die Außenpolitik der ostmitteleuropäischen Staaten, doch blieben die Vorstellung von „Europa“ und die Rolle, welche die einzelnen Staaten darin spielen sollten, zunächst weitgehend diffus. Erst nach Abschluss der Integration in den Westen und der Aufnahme in das europäische Unionsprojekt verstärkten sich auch Diskurse um Fragen der nationalen Identität, die in Ergänzung zur „europäischen“ Identität traten, diese aber auch durch verschiedene alternativen Angebote überlagerten und herausforderten. Dabei waren es auch die hohen, aber nur teils erfüllten gesellschaftliche Erwartungshaltungen bezüglich des Wohlstandsgewinns nach Ende des Sozialismus, die rechtsnationale Parteien und deren populistische Führungen für sich nutzbar zu machen versuchten. Deren EU-kritische Haltung wird in den Ländern Ostmitteleuropas nicht als Absage an Europa generell verstanden. Vielmehr präsentieren sich Parteien sowie Politiker und Politikerinnen in diesen Ländern gerne als „Retter“ Europas (vor dem Ansturm von Migranten) und „Verteidiger“ von dessen „wahren“ (christlichen) Werten. Diese populistischen Tendenzen und autoritären Verhärtungen im Innern reflektieren auch neue außenpolitische Trends, die sich in ideellen Querverbindungen und Allianzbildungen mit rechts-populistischen Parteien und Regierungen in anderen Teilen Europas und der Welt manifestieren.

Mit Blick auf die Länder, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgingen, erschien „Europa“ zwar durchaus auch als Ort der Sehnsucht und die Anlehnung an den Westen war mit der gesellschaftlichen Hoffnung auf Normalität und Wohlstand verbunden. Anders als die ostmitteleuropäischen Staaten, deren Außenpolitik in den 1990er und 2000er Jahren im Wesentlichen auf die schnelle Integration in europäische und westliche Institutionen ausgerichtet war, stand für die politischen Eliten in den postsowjetischen Staaten zunächst die Herausforderung im Zentrum, wie sie mit der historisch neuen Situation ihrer Eigenstaatlichkeit umgehen sollten. Weil die postsowjetischen Staaten, mit Ausnahme der drei baltischen Republiken, in ihrer jüngeren Geschichte nicht an Erfahrungen einer länger dauernden Eigenstaatlichkeit anknüpfen konnten, war

die Transformation dieser Staaten von Beginn an sehr eng verknüpft mit Fragen der Nationsbildung und der Suche nach einer eigenständigen nationalstaatlichen Identität. Für Russlands Nachbarn war dies im Kern eine Debatte darüber, wie mit dem Erbe einer langen gemeinsamen Geschichte mit Russland im zaristisch-imperialen und sowjetischen Kontext umgegangen werden sollte. Besonders herausfordernd gestalteten sich Nationsbildungsprozesse in denjenigen Staaten, die mit Russland über sprachliche, ethnische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen besonders eng verbunden waren. Die Konstituierung einer eigenen Identität musste in diesen Fällen deshalb fast zwangsläufig in gewisser Abgrenzung zu Russland erfolgen. Entsprechend der Richtung, die der Nationsbildungsprozess nahm, suchten sich die Länder auch international zwischen „West“ und „Ost“ zu positionieren. Während sich die baltischen Staaten von Beginn entschieden in westliche Richtung orientierten, blieben die meisten postsowjetischen Staaten in der Festlegung ihrer außenpolitischen Ziele zunächst eher unbestimmt, und Außenpolitik folgte meist sehr kurzfristigen pragmatischen Überlegungen, die stark von den jeweiligen innenpolitischen Bedingungen und den Möglichkeiten, welche das internationale Umfeld bot, geprägt waren. Besonders deutlich kam dies im Fall der Ukraine zum Ausdruck, die sich je nach innenpolitischer Konstellation einmal mehr Richtung Russland, dann wieder stärker an Europa und den Westen anlehnte.

Auch fast 30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist Eurasien noch immer in Bewegung, auch wenn sich die geopolitischen und geoökonomischen Konturen dieser Großregion im Zuge der Spannungen Russlands mit dem Westen nun deutlicher als zuvor abzeichnen: Während sich einzelne Staaten, darunter namentlich Georgien und die Ukraine, klarer als je zuvor von Russland abzugrenzen suchen und den Anschluss an den Westen anstreben, optieren Länder wie Belarus, Kasachstan oder Armenien eher für eine Annäherung an Russland, namentlich auch im Rahmen regionaler Organisationen wie der Eurasischen Wirtschaftsunion oder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, dem nebst den genannten Staaten noch Tadschikistan angehört. Dabei war es vor allem Russlands expansive Politik gegenüber der Ukraine seit 2014, welche die Prozesse der Integration und Desintegration im postsowjetischen eurasischen Raum beschleunigt haben.⁷

⁷ JERONIM PEROVIĆ, Russia’s Eurasian Strategy, in: Strategic Trends 2019. Key Developments in International Affairs, Center for Security Studies (CSS), ETH Zurich, Zurich 2019, S. 45–63.

War es für die Ukraine die Abgrenzung zu Russland, welche die Debatte um die nationale Identität dominierte (und bis heute dominiert), so drehte sich diese in Russland namentlich um die Abgrenzung zu Europa und zum Westen.⁸ Tatsächlich wurde in keinem Staat des postsowjetischen Raumes in den 1990er Jahren so heftig und kontrovers über Fragen der nationalen Identität debattiert wie in Russland, das sich nach dem Zerfall der Sowjetunion besonders schwer tat, seinen Platz in der Welt – und insbesondere sein Verhältnis zu Europa – neu zu bestimmen. Im Lauf der Zeit gewannen im innerrussischen Diskurs um die Gestaltung der Außenbeziehungen allerdings immer mehr diejenigen Kräfte die Oberhand, welche die Eigenständigkeit, Andersartigkeit und Selbständigkeit von Russlands Kultur und Großmacht betonten und für einen „souveränen“ Weg sowohl in der Ausgestaltung von Marktwirtschaft und Demokratie als auch in den internationalen Beziehungen eintraten.

Russland verstand sich als eigener „Pol“, der auch nach außen mit zunehmendem Selbstbewusstsein auftrat und insbesondere im postsowjetischen Raum Vorrechte beanspruchte. Dabei reagierte Moskau immer dann besonders heftig, wenn es seine Machtansprüche in der unmittelbaren Nachbarschaft durch Revolutionen oder eine vermeintliche „Expansion des Westens“ bedroht sah. Dies kam bereits im Fall des russisch-georgischen Krieges 2008 zum Ausdruck, noch deutlicher aber 2014, als Russland als Reaktion auf die Ereignisse in Kiev die Krim annektierte und den Konflikt in der Ostukraine anheizte.

Die Entwicklungen in Osteuropa über einen Zeitraum von drei Dekaden machen deutlich, dass die Anwendung klassischer Theorien der internationalen Beziehungen zu kurz greifen, um außenpolitische Trends und Verschiebungen zu erklären. Gemäß den Theorien aus dem Bereich der Realismus-Schule treten Staaten im internationalen System als weitgehend „rationale“ und „pragmatische“ Akteure in Erscheinung, die „nationale Interessen“ ausgehend von ihrer Machtposition im System definieren und umzusetzen suchen. Außenpolitik ist in dieser Sichtweise das Ergebnis geopolitischer „Realitäten“, wogegen Identitäten in diesem Verständnis keine große Bedeutung zugeschrieben wird. Verschiedene Aspekte der „Macht“ eines Staates – sei diese militärisch, wirtschaftlich oder politisch – lassen sich zwar durchaus quantifizieren und in konkreten Zahlen abbilden. Genauso möglich ist es, statistische Indikatoren zu eruieren, welche gesellschaftliche „Stabilität“ beschreiben. Die Kategorie der „Iden-

⁸ TARAS KUZIO, Identity and Nation-Building in Ukraine. Defining the „Other“, in: *Ethnicities* 1 (2001), H. 3, S. 343–365.

tität“ wird jedoch dann wesentlich, wenn verstanden werden soll, wie konkrete Akteure materielle Faktoren deuten und für die Erreichung bestimmter politischer Ziele oder gesellschaftlicher Anliegen einzusetzen suchen. Um dies zu verstehen, müssen auch die spezifischen Werte und Weltsichten dieser Akteure Eingang in die Untersuchung finden.⁹ Wenn die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Moskaus Verhalten gegenüber der Ukraine im Zuge der Ukrainekrise von 2014 einmal dahingehend erklärte, dass Putin „in einer eigenen Welt“ lebe und den Kontakt zur Realität verloren habe,¹⁰ so bedeutet dies keineswegs, dass Russland nicht pragmatischen und rationalen Überlegungen gefolgt ist. Außenpolitisches Verhalten folgt immer einer bestimmten Logik, doch diese wird erst ersichtlich, wenn auch der Faktor der Identität – oder in diesem Fall die besondere „Welt Putins“ – in die Analyse einbezogen wird.¹¹

Identitäten sind schwierig fassbar, weil sie oft nicht konstant sind, fragmentiert erscheinen und deshalb uneinheitlich auftreten. Gemäß dem Politologen Ernesto Laclau ist Identität als „dislozierte“ Größe zu betrachten, die erst dann erkennbar wird, wenn sie auf ein Äußeres trifft, das diese Identität ablehnt und damit gleichzeitig die Voraussetzung für deren Existenz schafft.¹² Gerade der Blick auf die Entwicklungen in zahlreichen Ländern Ostmittel- und Osteuropas zeigt, dass insbesondere populistische oder nationalistisch orientierte Regierungen bestrebt sind, der Gesellschaft klar definierte Identitätsentwürfe anzubieten, die auf möglichst kohärenten nationalen Narrativen basieren. Dabei folgen Identitätsangebote seitens der Politik den (oft wechselhaften) Strategien des Machterhalts und bedienen spezifische machtpolitische Interessen. Auf die von Stuart Hall prominent gestellte Frage „Wer braucht Identität?“¹³ ließe sich somit

⁹ Als eine der ersten Studien, welche den Zusammenhang zwischen Identität und Außenpolitik im Fall Osteuropas systematisch untersuchen, darf gelten: OLYA PRIZEL, National Identity and Foreign Policy. Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine, Cambridge 1998.

¹⁰ CLEMENS WERGIN, Wladimir Putin lebt in seiner eigenen Wirklichkeit, in: Die Welt, 04.03.2014, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article125436764/Wladimir-Putin-lebt-in-seiner-eigenen-Wirklichkeit.html> (Zugriff: 23.07.2019).

¹¹ Weiterführend: Identities and Politics during the Putin Presidency. The Discursive Foundations of Russia’s Stability, hg. v. PHILIPP CASULA / JERONIM PEROVIĆ, Stuttgart 2009.

¹² ERNESTO LACLAU, New Reflections on the Revolution of Our Time, London 1990, S. 39.

¹³ STUART HALL, Introduction. Who Needs Identity?, in: Questions of Identity, hg. v. DEMS. / PAUL DU GAY, London 1996, S. 1-17.

antworten: „die Politik“.¹⁴ Für die Politik ist dabei insbesondere die Geschichte eine Ressource, die politisches Handeln in der Gegenwart legitimieren soll. Deshalb ist das Vermitteln eines möglichst homogenen Bildes der Vergangenheit oft ein zentraler Teil des Identitätsangebots, das auch darauf ausgerichtet ist, zur Selbstdefinition und Identitätsvergewisserung von Gesellschaften beizutragen.¹⁵

* * *

Die Beiträge in diesem Teil des Sammelbandes befassen sich mit Aspekten der Identität, wenn Nationsbildungsprozesse und Außenpolitik in Zusammenhang gestellt und deren komplexe Wechselwirkungen und Veränderungen über die Zeit analysiert werden. Die sechs Fallbeispiele umfassen Russland, die Ukraine, Polen, die Tschechoslowakei (bzw. ab 1992 die Tschechische/Slowakische Republik), Rumänien und einzelne Nachfolgestaaten (bzw. staatliche Entitäten) des ehemaligen Jugoslawien.

Dass Identität keine stabile Größe ist, macht der Beitrag von Benno Ennker deutlich. Ennker zeigt auf, dass es das Ringen um die nationale Identität ist, das Russlands innere und äußere Politik seit der Auflösung der Sowjetunion maßgeblich geprägt hat. Mit Blick auf die Außenpolitik vertritt der Verfasser die Auffassung, dass die Frage, „ob“ Russlands Großmachtanspruch berechtigt erscheint, nicht so sehr auf einer „objektiven“ Grundlage geklärt werden kann, sondern das Selbstbild des Landes wesentlichen Einfluss darauf hat, wie Russland sich selbst und seine Rolle auf globaler Bühne definiert. „Macht“ ist in diesem Verständnis eine soziale Konstruktion, die vor allem über das Medium der Sprache (des „Diskurses“) geschaffen wird. Um Aufschluss darüber zu erhalten, von welchen Werten, Vorstellungen und Bedürfnissen sich Politik in Russland leitet und auf welcher Basis „nationale Interessen“ definiert werden, muss die Analyse den Diskurs um diese Fragen entschlüsseln. Anders als zahlreiche andere Studien, die sich mit diesem Thema befassen, stützt sich Ennker bei seiner Analyse nicht in erster Linie auf Textquellen, welche die Meinung hochrangiger Politiker wiedergeben, sondern sucht die „öffentliche Meinung“ einzubeziehen, der seiner Ansicht nach eine bedeutende Rolle

¹⁴ PHILIPP CASULA / JERONIM PEROVIĆ, Russian Foreign Policy and Identity. Introduction to the Special Section, in: *Problems of Post-Communism* 66 (2019), H. 4, S. 225 f., hier S. 225.

¹⁵ Dazu: MAURICE HALBWACHS, *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967, S. 71 f.; JAN ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 2005, S. 39 f., 132 f.

bei der „nationalen Identitätsfindung“ zukommt. Dieses methodische Vorgehen lässt sich gut nachvollziehen, denn wenn Politiker, die selbst oft nicht in freien und fairen Wahlen an die Macht gekommen sind, Legitimation beanspruchen und im Namen des Volkes auftreten, dann sind die Stimmungslagen der Bevölkerung nicht unwichtig. Vielleicht ist es deshalb auch kein Zufall, dass in Russland, und dies trotz zunehmend autoritärer Tendenzen und Einschränkungen der Meinungsfreiheit, noch immer eine vom Staat relativ unabhängige Meinungsforschung zugelassen ist, deren Umfragen und Analysen auch der Politik nützliche Hinweise liefern.

Die Bilanz ist dabei ambivalent: Meinungsumfragen bestätigen zwar weitgehend das von Vladimir Putin seit Jahren propagierte Selbstbild Russlands als Großmacht mit legitimen Ansprüchen, die es gegen äußere, Russland feindlich gesinnte Kräfte notfalls auch militärisch zu verteidigen gilt. Auch wenn es daher nicht verwundern mag, dass noch immer die Mehrheit der befragten Russinnen und Russen dem sowjetischen Großreich nachtrauern und dessen Untergang beklagen, so zeigen die Menschen dennoch geringe Unterstützung für neue imperiale Projekte, lehnen russische Missionierungsbestrebungen weitgehend ab und scheinen auch wenig Begeisterung für expansionistische Projekte aufzubringen, vor allem, wenn diese dem Land und seinen Menschen keinen ersichtlichen Nutzen bringen. Eine der wesentlichen Ambivalenzen in der Großmacht-Identität Russlands scheint somit in den innenpolitischen Implikationen zu liegen, die die Bevölkerung – im Unterschied zur russländischen Elite – dem Großmacht-Anspruch konkret beimisst. Doch auch der imperiale Diskurs innerhalb der Eliten ist keineswegs homogen und steht immer auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Selbstdefinition Russlands. Wird Russland eher als ein ethnisch-nationaler Staat der Russinnen und Russen verstanden oder aber als Staat seiner Bürgerinnen und Bürger, die Angehörige all seiner Völker umfassen, so kann dies je nachdem verschiedene Implikationen für außenpolitisches Verhalten haben. Die Frage, in welche Richtung sich der Nationsbildungsprozess im Innern entwickelt und inwiefern bestimmte imperiale Diskurse auch auf Zuspruch in der Bevölkerung stoßen, wird nicht ohne Auswirkung auf außenpolitisches Verhalten bleiben, auch wenn sich dieses für die Zukunft schwierig vorhersehen lässt.

Anders als in Russland manifestierte sich die nationale Problematik in der Ukraine vor allem in ihrer regionalen Dimension. Frank Golczewski macht in seinem Beitrag deutlich, dass regionale Unterschiede sich bereits Ende der 1980er Jahre zeigten, als die Entrüstung über die nukleare Kata-

strophe von Čornobyl' (Tschernobyl) die Menschen im westlichen Teil der Ukraine, die erst im Zuge des Zweiten Weltkrieges der Sowjetunion einverleibt wurde, zu Tausenden auf die Straße trieb, während die Proteste gegen die Moskauer Führung in Kiev und anderen Teilen der damals noch zur Sowjetunion gehörenden Republik weit weniger ausgeprägt waren. Auch der Transformationsprozess der unabhängigen Ukraine nach 1991 – sei es der Umbau der politischen Strukturen, die Einführung der Marktwirtschaft oder die Festlegung einer neuen ukrainischen „nationalen Identität“ – war immer auch von regionalen Unterschieden geprägt.

Golczewski greift in seinem Essay drei Themen heraus, die seit der ukrainischen Unabhängigkeit immer wieder für innenpolitischen Zündstoff sorgten: Die Neuausrichtung der ukrainischen Außenpolitik zwischen Russland und dem Westen, die Sprachenfrage und die Autonomie-Problematik in Bezug auf die Halbinsel Krim. Im Kern ging es bei all diesen Fragen darum, die Ukraine als eigenständige Nation gegenüber seinem mächtigen russischen Nachbarn im Osten abzugrenzen und zu festigen. Dies fiel der Ukraine jedoch deshalb so schwer, weil weite Teile des Landes nicht nur über Jahrhunderte Bestandteil des Russischen Reiches und danach der Sowjetunion bildeten, sondern die Ukraine und ihre Einwohner auch besonders enge sprachliche, kulturelle, religiöse und verwandtschaftliche Beziehungen zu Russland aufwiesen – von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ukraine von Russland ganz zu schweigen. Anders als Belarus, das eine enge politische Annäherung an Russland gesucht hat, versuchte die Ukraine in dieser Hinsicht immer eine gewisse Distanz zu halten und vermochte sich russisch dominierten Integrationsprojekten weitgehend zu entziehen – und zwar unabhängig davon, wer in der Ukraine gerade an der Macht war. Auch prorussisch eingestellte Präsidenten strebten gemäß Golczewski jeweils mindestens eine „Äquidistanz zwischen Russland und dem Westen“ an. Weitaus umstrittener war dagegen die Frage, welchen Platz das Russische, aber auch andere nicht-ukrainische Sprachen, nebst dem Ukrainischen haben sollten; innenpolitisch genauso umkämpft war, mit welchen Rechten die einzelnen ukrainischen Regionen ausgestattet werden sollten und inwiefern namentlich die russisch geprägte Krim, die auch historisch sehr enge Verbindungen nach Russland aufwies, ihren besonderen Status als autonomes Gebiet innerhalb der Ukraine behalten durfte.

In beiden Fällen – der Sprachenproblematik und der Föderalisierungsfrage – spielte sich der Konflikt vereinfacht gesagt zwischen zwei Lagern ab: Während ukrainische Nationalisten in der föderalen Struktur die Gefahr erblickten, dass die russisch geprägten Gebiete sich vom Zentral-

staat entfernen und stärker unter den Einfluss Russland geraten könnten, sahen viele russischsprachige Ukrainer und die ethnisch russischen Ukrainer im föderalen Aufbau des Landes die Voraussetzung für Ausgleich und die Überwindung regionaler Differenzen. Diese Fragen haben seither nicht an Aktualität eingebüßt. Mit Blick auf die Lösung des Konflikts rund um die von der Ukraine abgefallenen Rebellengebiete – der unter dem militärischen Schutz Russlands stehenden „Volksrepubliken“ Luhans’k und Donec’k – stellt sich die Föderalisierungsfrage besonders dringlich. Für Moskau und die Vertreter der „Volksrepubliken“ kommt die Rückkehr der beiden Gebiete in den ukrainischen Staatsverband nur dann infrage, wenn ihnen die ukrainische Verfassung einen großzügigen Autonomiestatus garantiert. Ukrainische Nationalisten sehen darin Landesverrat und auch das offizielle Kiev stellt sich auf den Standpunkt, dass die Autonomiefrage erst dann verhandelt werden kann, wenn die Ukraine die Kontrolle der Außengrenze wiedererlangt hat und in Luhans’k und Donec’k freie und faire Wahlen durchgeführt wurden.

Die Krim und die beiden „Volksrepubliken“ dürften zwar auf absehbare Zeit für Kiev verloren sein. Gemäß Golczewski hat die russische Aggression dem Land jedoch ironischerweise erstmals zu demjenigen nationalen Zusammenhalt verholfen, den die ukrainische Politik seit 1991 weitgehend vergeblich angestrebt hat. Tatsächlich sind die westliche Ausrichtung des Landes und der Drang nach Europa in der Zwischenzeit weitgehend mehrheitsfähig geworden, während die Option einer (Wieder-)Annäherung an Russland sogar in den russisch geprägten Teilen des Landes im Osten und Südosten deutlich an Rückhalt verloren hat. Zwar ist die ukrainische Nationsbildung damit noch längst nicht abgeschlossen, auch weil eine Reihe von Problembereichen, etwa das Verhältnis innerhalb der verschiedenen orthodoxen Kirchen in der Ukraine, die Frage des Status der russischen Sprache oder die Rechte der russischsprachigen bzw. ethnisch russischen Bevölkerungsteile noch immer Spannungspotential enthalten. Doch klar ist, dass der russisch-ukrainische Konflikt auf den Nationsbildungsprozess innerhalb der Ukraine bislang eine katalytische Wirkung hatte, weil er insgesamt zur Stärkung eines gesamtukrainischen Gemeinschaftsgefühls und der pro-europäischen Orientierung des Landes beigetragen hat.

Anders als die Ukraine stellt Polen einen weit homogeneren Raum dar, vor allem in ethnischer und konfessioneller Hinsicht. Getragen auch von der gemeinsamen Erfahrung eines massenhaften kollektiven Widerstandes gegen die kommunistische Herrschaft schien Polens nationale Einheit zum Zeitpunkt der „Wende“ von 1989 damit weit gefestigter als diejenige

der Ukraine nach 1991. Wie Klaus Ziemer am Fallbeispiel Polens zu zeigen vermag, bot sich dem Land auch in außenpolitischer Hinsicht eine relativ gute Ausgangslage. Denn anders als 1918 und 1945 stand zum Zeitpunkt 1989 nicht die territoriale Ausrichtung des Landes im Zentrum; die wichtigste offene Frage, diejenige der deutsch-polnischen Grenze, konnte mit dem Vertrag von 1990 endgültig geregelt werden.

Oberste Priorität hatte für Polens Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor allem der Schutz vor einer potentiellen militärischen Bedrohung durch Russland. Die Integration Polens in die NATO wurde von allen politischen Parteien begrüßt und die Aufnahme in die westliche Verteidigungsallianz als historischer Meilenstein der modernen polnischen Geschichte gefeiert. Die Mitgliedschaft in der EU wurde zwar weit kontroverser diskutiert, letztlich setzten sich aber auch in dieser Frage diejenigen Kräfte klar durch, welche die kulturelle Zugehörigkeit Polens zu Europa und gemeinsame Werte betonten. Ausschlaggebend war aber auch, dass sich Polen in geopolitischer Hinsicht unmissverständlich in Europa – und nicht irgendwo „dazwischen“ – verorten wollte.

Diese pro-europäische Haltung drückte sich schließlich auch in der hohen Zustimmung der Bevölkerung bei der Abstimmung von 2003 über den Beitritt zur EU aus. Als Polen mit der Integration in die NATO und die EU seine beiden strategischen Hauptziele erreicht hatte, trat das Land zusehends selbstbewusster auf und kamen Interessensunterschiede mit anderen EU-Mitgliedstaaten deutlicher zum Vorschein. Anders als etwa Deutschland und Frankreich unterstützte Polen den amerikanischen Angriff auf Irak 2003 und stellte sogar ein Kontingent eigener Soldaten. Das polnische Wohlwollen gegenüber Washington brachte zum Ausdruck, dass viele letztlich in den USA den einzigen Garanten für die Sicherheit des Landes im Fall eines russischen Angriffs sahen. Polen trat auch in Ostmittel- und Osteuropa zusehends aktiver auf, wenn es sich wiederholt für die Aufnahme aller Balkan- und Südkaucasusstaaten sowie der Ukraine, Moldawiens und der Türkei in die EU stark machte oder sich als Initiator verschiedener Initiativen einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit hervortat.

Die Tendenzen zur stärkeren Betonung „nationaler“ Interessen haben sich nach dem Sieg der rechtskonservativen Partei *Prawo i Sprawiedliwość* („Recht und Gerechtigkeit“, PiS) 2015 nochmals deutlich akzentuiert. Für die PiS stellt die „Nation“ die wichtigste Grundlage der Politik dar. Die Festigung der nationalen Gemeinschaft, die auf Basis einer gemeinsamen Geschichte und der Betonung „zivilisatorischer“ Werte erreicht wird, ist

Ausgangspunkt dafür, dass außenpolitische Ziele im nationalen Interesse Polens verwirklicht werden können. Polnische Außenpolitik ist gemäß Ziemer in der Zwischenzeit in erheblichem Umfang zu einer Funktion der Innenpolitik geworden, was etwa dann deutlich wird, wenn Kritik aus Brüssel an gewissen innenpolitischen Maßnahmen der PiS (etwa das Gesetz zur Gleichschaltung des Verfassungsgerichts) als äußere Einmischung zurückgewiesen wird. Damit wird der Fokus von den eigentlichen Sachfragen auf äußere Feindbilder (in diesem Fall „Brüssel“) verschoben – eine Taktik, die bislang offenbar funktioniert, weil sie der PiS innenpolitisch eher nützt als schadet. Doch längst nicht alle Teile der Gesellschaft tragen die Politik der PiS mit, und somit hat sich Polen 30 Jahre nach der „Wende“ am „Runden Tisch“ zu einem in innen- wie außenpolitischer Hinsicht gespaltenen Land entwickelt.

Im darauffolgenden Beitrag befasst sich Miroslav Kunštát mit den innen- und außenpolitischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei beziehungsweise deren Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei. Anders als Polen oder Ungarn stand die Tschechoslowakei zum Zeitpunkt 1989 vor einer doppelten Transformationsherausforderung: Nicht nur galt es, den schwierigen Weg des politischen und wirtschaftlichen Umbaus anzugehen, sondern auch die Beziehungen zwischen den Tschechen und Slowaken auf eine neue Grundlage zu stellen – ein Prozess, der schließlich am 1. Januar 1993 in die „samtene Scheidung“ des Landes in eine tschechische und slowakische Hälfte mündete. Die Konstituierung von zwei unabhängigen Staaten, der Tschechischen und Slowakischen Republik, blieb nicht ohne Folgen für die Außenpolitik.

Die politischen Eliten der „postrevolutionären“ Tschechoslowakei suchten nach 1989 zunächst an ältere außenpolitische Konzepte und Überlegungen anzuknüpfen, wenn sie die Zukunft des Landes in der Rolle eines aktiven Mitglied innerhalb eines auf dem Helsinki-Prozess basierenden Sicherheitsraums verorteten, das sich in der Tradition der Dissidentenbewegung vor allem für Menschen- und Bürgerrechte stark machen sollte. Noch vor der formellen Auflösung der Tschechoslowakei gerieten solche Vorstellungen allerdings in ein Spannungsverhältnis sowohl zu genuin slowakisch geprägten außenpolitischen Konzepten, die darauf ausgerichtet waren, der Slowakei einen eigenen Platz auf der europäischen Landkarte zu verschaffen, als auch zu einem zunehmenden „realistischen“ Skeptizismus, der sich innerhalb der tschechischen politischen Szene bemerkbar machte.

Außenpolitisch trat das Land demnach schon vor der formellen Teilung auf der internationalen Bühne nicht mit geeinter Stimme auf. Nach

der Teilung trat in Prag angesichts des reduzierten geopolitischen Gewichts eine gewisse Ernüchterung hinsichtlich der selbständigen Rolle ein, die das Land im Bereich „guter Dienste“ oder Menschenrechte würde spielen können. Entsprechend wurde die schnellstmögliche Integration in westliche Strukturen nun zum alternativlosen und prioritären außenpolitischen Ziel erklärt, wobei sich Tschechien als reformfreudiger Musterknabe innerhalb der ostmitteleuropäischen Reformstaaten zu inszenieren suchte.

Auch wenn die unabhängige Slowakei unter der Regierung Vladimír Mečíars (1992–1998) zeitweilig mit Alternativen zur eindeutig pro-westlichen Orientierung operierte (Annäherung an Russland, gute Beziehungen zu Serbien und Kroatien), so waren es auch in diesem Land letztlich pro-europäische Bewegungen, die den außenpolitischen Kurs bestimmten und das Land in NATO und EU führten. Ähnlich wie in Polen und Ungarn waren auch in Tschechien und in der Slowakei die anfänglichen Wohlstandserwartungen hoch, und machte sich in beiden Staaten nach der Aufnahme in die EU schnell Enttäuschung in der Gesellschaft breit. Die Implikationen dieser Enttäuschung wussten rechtsnationale politische Kräfte auszunutzen, wenn sie Lösungen gesamteuropäischer Fragen aktiv blockierten, wie dies etwa in der Flüchtlingskrise von 2015 zum Ausdruck kam. Nach Meinung Kunštáts manifestieren solche Schwankungen aber auch die noch immer fragilen nationalen Identitäten der beiden Staaten, die sich hinsichtlich ihrer genauen Rolle in Europa und der Welt noch nicht definitiv festgelegt zu haben scheinen.

Als einziges Land Ostmitteleuropas erlebte Rumänien einen blutigen Umsturz, der am 25. Dezember 1989 in der Hinrichtung des Diktators Nicolae Ceaușescu und dessen Frau Elena seinen Höhepunkt und sein gleichzeitiges Ende fand. Zwar begab sich danach auch Rumänien auf den Pfad der demokratischen Transformation und marktwirtschaftlichen Umgestaltung, doch war die Situation im Innern oft von kräftezehrenden Grabenkämpfen unter den zahlreichen politischen Parteien geprägt, die auch Ausdruck des Umstands waren, dass die rumänische Gesellschaft nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer, wirtschaftlicher, religiöser und geografischer Hinsicht stark polarisiert war (und bis heute ist). Im Gegensatz zu diesen inneren Turbulenzen zeichnete sich die Außenpolitik bisher jedoch durch eine insgesamt erstaunliche Stabilität aus. Seit den frühen 1990er Jahren dominiert ein parteiübergreifender Konsens, der Rumänien historisch klar in Europa und im Westen verortet. Dies drückte sich in praktischer Hinsicht dadurch aus, dass Rumänien schon bald nach der „Wende“ eine Integration in westliche und europäische Struktu-

ren (NATO und EU) anstrebte, aber auch eine enge Partnerschaft mit den USA suchte. Für die Aufnahme in die NATO war Bukarest (mindestens vorübergehend) auch darum bemüht, den Konflikt mit Ungarn, der sich im Wesentlichen um die Rechte der in Siebenbürgen (Transsilvanien) lebenden Ungarn drehte, zu entschärfen.

Silvia Marton hat es sich in ihrem Beitrag zur Aufgabe gemacht, die-
sem „signifikanten Unterschied“ zwischen innenpolitischer Entwicklung und Außenpolitik nachzugehen und gelangt zum Schluss, dass die außen-
politische Stabilität – abgesehen vom breiten Konsens hinsichtlich Rumä-
niens Vision als Teil der westlichen Welt – vor allem auf die „institutio-
nelle Konfiguration“ der rumänischen Außenpolitik zurückzuführen ist.
So besteht in Rumänen trotz parteipolitischer Divergenzen weitgehende
Einigkeit darüber, dass Außenpolitik über den inneren Querelen stehen
sollte und entsprechend sieht es das Außenministerium (bzw. die konkre-
ten Personen im außenpolitischen Apparat) als seine vorrangige Aufgabe
an, die nationalen Interessen des Landes unabhängig von den aktuellen
politischen Tagesgeschäften zu verfolgen.

Zwar lässt sich gemäß Marton für die letzten Jahre auch in Rumänen beobachten, dass der Diskurs um die nationale „Souveränität“ an Schärfe gewonnen hat und sich allgemein auch in außenpolitischen Fragen eine aggressivere Rhetorik beobachten lässt; dies kommt etwa in Äußerungen hinsichtlich Ungarns (mit dem Rumänen aufgrund der Minderheitenfrage noch immer ein schwieriges Verhältnis hat) oder auch Begehrlichkeiten gegenüber Moldawien zum Ausdruck. Anders als etwa in Ungarn, wo Orbáns Fidesz-Partei den westlichen Liberalismus offen infrage stellt, lassen sich ähnliche antiwestliche Tendenzen in der konkreten rumäni-
schen Außenpolitik jedoch nicht beobachten. Der Gegensatz zwischen einer zunehmenden Aggressivität der politischen Rhetorik und der offiziellen Außenpolitik besteht noch immer, er ist allerdings fragiler gewor-
den.

Der letzte Beitrag in diesem Teil des Sammelbandes richtet den Blick auf die aus Jugoslawien hervorgegangenen Nachfolgestaaten beziehungs-
weise staatlichen Entitäten. Tanja Zimmermann geht der Frage nach, wie
sich nationale Identitäten in der städtischen Raumgestaltung und Raum-
performance manifestieren. An drei Beispielen – der Umgestaltung von
Makedoniens Hauptstadt, der Errichtung des neuen Stadtteils Andrićgrad
in Višegrad in der *Republika Srbska* sowie dem serbischen „Promo“-Zug –
zeigt die Autorin auf, wie bestimmte nationale Botschaften über non-
verbale und symbolische Ausdrucksformen in eine Öffentlichkeit trans-
portiert werden. Über solche Ausdrucksformen werden spezifische Deu-

tungen der eigenen, nationalen Geschichte vermittelt, die im Fall der beiden Städtebeispiele auch ganz gezielt in die Freizeitgestaltung und ins Tourismusangebot eingebunden werden.

Die Umgestaltung Skopjes („Skopje 2014“) zeigt besonders anschaulich, wie durch Neubauten und die Errichtung einer großen Anzahl von neuen Denkmälern die ruhmreiche Geschichte der Stadt Skopje und Makedoniens, zurückreichend bis weit in die Antike, (um)erzählt werden soll, um dabei auch das aus osmanischer und kommunistischer Zeit geprägte Kulturerbe zu verdrängen. Die Darstellung der mythischen Vergangenheit dient dabei zugleich als gezieltes *nation branding*, das der internationalen Sichtbarkeit und ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit förderlich sein soll. Ähnliches gilt für Andrićgrad, das 2011 bis 2014 auf Initiative des serbisch-bosnischen Regisseurs Emir Kusturica als neuer Stadtteil Višegrads in der *Republika Srbska* errichtet worden war. Dieser Stadtteil wurde für den Besucher dazu angelegt, die Geschichte der serbischen Nation von ihren mythischen Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg zu erleben. Problematischere Aspekte der jüngeren Vergangenheit (etwa die serbischen Massaker an bosnischen Muslimen von 1992) wurden dabei jedoch ausgebldet.

Der „Promo“-Zug, der mit nationalistischen Parolen versehen (darunter einer in 21 Sprachen versehenen Aufschrift „Kosovo ist Serbien“) am 17. Januar 2017 von Belgrad Richtung Kosovo nach Mitrovica aufbrach, war einerseits als gezielte Provokation gedacht, um internationales Aufsehen für die Anliegen Serbiens zu erregen. Andererseits lässt sich aber dieses Beispiel als Performance im Raum begreifen, die viel über derzeitige serbische Befindlichkeiten aussagt. Mit der Zugfahrt sollte nicht nur Serbiens historischer Anspruch auf Kosovo, sondern auch die symbolische Wiedereinnahme dieses Territoriums zum Ausdruck gebracht werden. Tanja Zimmermanns Fallbeispiele verdeutlichen, dass Außenpolitik weit mehr ist als das, was über politische Repräsentanten vermittelt wird. Um die Wechselwirkungen zwischen nationalen Identitäten und Außenpolitik umfassend zu verstehen und vertiefte Einblicke zu gewinnen, ist es somit notwendig, die Perspektive zu öffnen und auch bislang noch wenig untersuchte Aspekte außenpolitischen Verhaltens in die Analyse einzubeziehen.